

Nachrichten aus Brüssel

Dentalhygieniker im Fokus

In einem breit angelegten Transparenzprozess nehmen die EU-Mitgliedsstaaten derzeit alle regulierten Berufe unter die Lupe. Ziel ist es, durch die verbesserte Anerkennung von Berufsabschlüssen den Berufszugang in einem anderen EU-Mitgliedsstaat zu erleichtern, um dauerhaft mehr Wirtschaftswachstum zu generieren. Bestimmte Referenzberufe werden zu diesem Zweck im Rahmen einer gegenseitigen Evaluation nationaler Regulierungsvorgaben eingehend begutachtet. Für den Gesundheitsbereich wurden stellvertretend Physiotherapeuten, Psychologen und Dentalhygieniker ausgewählt. Die Ausbildung und das Tätigkeitsprofil von Dentalhygienikern sind auf nationaler Ebene sehr unterschiedlich geregelt. In Ländern wie den Niederlanden oder Dänemark hat dieser Beruf im Vergleich zu Deutschland ein breiteres Aufgabenfeld, das über die klassische Zahnreinigung hinausgeht. Hinzu kommt, dass in einzelnen EU-Mitgliedsstaaten sogar Bachelor-Studiengänge in Dentalhygiene angeboten werden. Der Evaluationsprozess soll bis Ende 2015 abgeschlossen werden.

Studie über Freie Berufe vorgestellt

Ende Juni wurde in Brüssel eine vergleichende Studie über die Freien Berufe in Europa vorgestellt, die der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss in Auftrag gegeben hatte. Ziel der vom Europäischen Zentrum für Freie Berufe der Universität Köln verfassten Studie war es, die gesellschaftliche und ökonomische Bedeutung der Freien Berufe darzulegen und den Regulierungsrahmen zu untersuchen, der auf nationaler Ebene für sie gilt. Die Wissenschaftler belegen, dass die Freien Berufe in allen Mitgliedsstaaten der EU eine wachsende Bedeutung als Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor haben. So ist beispielsweise die Zahl der Selbstständigen in freiberuflich geprägten Wirtschaftszweigen europaweit von 4,6 Millionen im Jahr 2008 auf 5,2 Millionen im Jahr 2012 gestiegen. Der Beitrag der freiberuflich geprägten Wirtschaftszweige zum Brutto-sozialprodukt lag 2010 europaweit im Durchschnitt

bei 11 Prozent. Das Prinzip der Selbstverwaltung lässt sich aus Sicht der Wissenschaftler zudem als das besondere Wesensmerkmal der Freien Berufe europaweit identifizieren.

Kernanliegen Patientensicherheit

EU-Gesundheitskommissar Antonio Borg hat vor der Sommerpause bekräftigt, dass die Patientensicherheit ein Kernanliegen europäischer Gesundheitspolitik bleibt. Anlass war die Vorstellung eines Umsetzungsberichts über Empfehlungen zur Patientensicherheit, die die Europäische Union im Jahr 2009 beschlossen hatte. Demnach haben zwar alle EU-Mitgliedsstaaten Maßnahmen zur Patientensicherheit ergriffen, dennoch besteht weiter Handlungsbedarf. Borg nannte vor allem die Verhütung von Infektionen mit sogenannten Krankenhauskeimen oder den Bereich der Patienteninformation. Einer ebenfalls veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage zur Patientensicherheit zufolge wächst das Bewusstsein für dieses Thema. Etwas über die Hälfte der EU-Bürger (53 Prozent) hält es für wahrscheinlich, dass Patienten bei einer Krankenhausbehandlung Schaden erleiden könnten. Dieser Prozentsatz schwankt jedoch von Land zu Land.

Deutsche bekleiden Spitzenposten

Auf seiner ersten Plenartagung nach der Europawahl konstituierte sich Anfang Juli das neue Europäische Parlament in Straßburg. Zahlreiche deutsche Europaabgeordnete bekleiden wichtige Funktionen. Martin Schulz (SPD) wurde mit den Stimmen einer Großen Koalition aus Sozialdemokraten und Europäischer Volkspartei als Parlamentspräsident für zweieinhalb Jahre wiedergewählt. Von den 14 Vizepräsidenten kommen mit Rainer Wieland (CDU) und Alexander Graf Lambsdorff (FDP) zwei Schulz-Stellvertreter aus Deutschland. Neuer Vorsitzender der größten Parlamentsfraktion wird der niederbayerische Europaabgeordnete Manfred Weber (CSU).